

DIE SPITZE

Glücksjahr

Glaubt man den Astrologen (was wir selbstverständlich tun), wird 2007 ein Glücksjahr. Die Sterne stehen so günstig wie lange nicht mehr. Da 3 von 4 Bundesbürgern schon mal einen Blick ins Horoskop werfen, also auch 3 von 4 **direkt**-Lesern und -Leserinnen, haben wir auch mal für sie in die Sterne geguckt. Unser Horoskop sagt: Angela Merkel, die – wie EU-Kommissions-Präsident Barroso festgestellt hat – »so etwas werden kann wie der Jürgen Klinsmann der Politik«, wird nicht in die USA abhauen, sondern uns erhalten bleiben. So wie Edmund Stoiber Bayern-Chef bleibt und keinen Werbeberatervertrag fürs »Stilwörterbuch« beim Duden annimmt. Kurt Beck wird beim Blick nach vorn die »Grenze der Zumutbarkeit« nicht finden, die er »erreicht« sieht, »wenn das umgesetzt wird, was wir auf den Weg gebracht haben«. Weil diese Grenze längst überschritten ist. Die »Bild«-Zeitung wird die Schlagzeile, »die wir uns für 2007 wünschen«, nämlich: »Regierung zahlt Wählern Erfolgsbeteiligung«, mangels Masse nicht drucken, sondern Otto-Normalverbrauchern am Jahresende eine Verlustrechnung aufmachen können. Und wir Metallerinnen und Metaller werden feststellen müssen, dass es nicht reicht, in die Sterne zu gucken, sondern dass wir, wenn 2007 ein Glücksjahr werden soll, doch wieder mal selber dafür arbeiten müssen.

TARIFRUNDE 2007

Diskussion beginnt

1

Die Tarifkommissionen haben begonnen, Forderungen für die Metall- und die Holz-Tarifrunde zu diskutieren. Die Wirtschaftsexperten der IG Metall beziffern den »verteilungsneutralen« Spielraum in der **Gesamtwirtschaft** auf 4,1 Prozent. In der **Metallwirtschaft** halten sie eine Entgelterhöhung von rund 6,5 Prozent für finanzierbar. Dabei gehen sie davon aus, dass die Verkaufspreise um 2 Prozent steigen und die Produktivität um 4,5 Prozent wächst. In der **Holz- und Kunststoffindustrie** gelten bis zu 6 Prozent als bezahlbar.

Gesamtmittel-Präsident Martin Kannegger hat angesichts der guten Konjunktur zugestanden, dass die »Mitarbeiter angemessen

am Zuwachs und Erfolg beteiligt« werden sollen – jedoch vor allem durch eine erfolgsabhängige Einmalzahlung. Berthold Huber hielt dem entgegen, dass »die Menschen in ihrer Haushaltsplanung nicht mit Einmalzahlungen rechnen, sondern mit dem regelmäßigen Monatseinkommen«. Darum stehe eine Erhöhung der tabellenwirksamen Einkommen im Vordergrund.

Tarif-Fahrplan

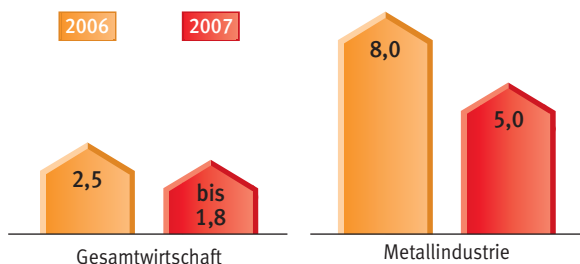
- **6. Februar:** IG Metall-Vorstand empfiehlt Forderungen;
- **26. Februar:** IG Metall-Vorstand beschließt Forderungen und Kündigung der Tarifverträge;
- **Mitte März:** Verhandlungen starten;
- **31. März:** Tarifverträge laufen aus (im Osten regelt kein Abkommen die Friedenspflicht);
- **28. April:** Im Westen endet die Friedenspflicht. Warnstreiks sind bundesweit möglich.

Aktuelle Infos ...

... zur Tarifrunde 2007 mit Zahlen, Fakten, Hintergründen gibt es wieder zum Herunterladen im Internet unter: www.metall-tarifrunde-2007.de

METALLINDUSTRIE STARK

Anstieg der Produktion in der Metallindustrie und in der Gesamtwirtschaft, in Prozent (2007: Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute)



Quelle: IG Metall

Die Wirtschaft wächst so rasant wie seit 6 Jahren nicht mehr. Zugmaschine ist dabei die Metallindustrie. Sie wird auch dieses Jahr nach allen Prognosen noch kräftiger wachsen als die Gesamtwirtschaft.

Inhalt

TARIFRUNDE:
Betriebsräte über erfolgreiche Firmen
SEITE 2

EUROPA:
IG Metall für neues Sozialmodell
SEITE 3

STEUERREFORM:
Geschenke für Konzerne
SEITE 4/5

STICHWORT:
Pendlerpauschale
SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:
Abfindungsanspruch manchmal vererbbar
SEITE 7

INFOS UND TIPPS
SEITE 8

direkt gefragt:

Die Konjunktur ist angesprungen. Viele Industriebranchen sehen auf ein erfolgreiches Jahr zurück und gehen von weiterem Wachstum aus. **direkt fragt:**

Wie beurteilt ihr die wirtschaftliche Situation in euren Betrieben?

»Wenn schon die Arbeitgeber zugeben, dass es in der Wirtschaft brummt, muss ja etwas dran sein. Unser Unternehmen speziell ist in einer sehr guten Lage, aber auch das gesamte Umfeld kann nicht klagen. Die Grundstimmung in der Industrie ist doch sehr positiv.«

Werner Scherer, Betriebsratsvorsitzender, Deutz AG, Köln

»Geklagt wird immer auf Arbeitgeberseite. Seit 30 Jahren bin ich im Unternehmen Linde Anlagenbau, und auf jeder Betriebsversammlung wird erzählt, wie schlecht es um unsere Konkurrenzfähigkeit bestellt ist. Aber selten hat diese Behauptung so wenig gestimmt wie jetzt. Der Auftragsbestand ist mit 4,3 Milliarden Euro gigantisch, und die Gewinne werden 2006 noch höher sein als 2005 – und da waren sie schon nicht schlecht. Ganz kurz gefasst: Unserem Betrieb geht es gut.«

Hans-Dieter Katte, Betriebsratsvorsitzender, Linde Anlagenbau, München

»Wir sind so gut ausgelastet, dass man von Vollausslastung sprechen kann. Tatsächlich haben wir uns in vielen Bereichen in den letzten Jahren stark verbessern können: Die Produktivität ist enorm gestiegen, die Qualität der Produkte ist ausgezeichnet und der Krankenstand ist niedrig wie lange nicht mehr. Wie gut die wirtschaftliche Lage insgesamt ist, sieht man schon an der stattlichen Sonderzahlung, die wir alle zum Jahresende bekommen haben.«

Wilfried Stenz, Betriebsratsvorsitzender, Rasselstein, Andernach

»Wir haben zurzeit sehr viele Aufträge. Auch das Umsatzwachstum ist enorm. 85 Prozent der Produktion gehen in den Export. Die wichtigsten Abnehmer, vor allem von den großen Maschinen, sind in China und den arabischen Ländern. Aber auch mit den Staaten der ehemaligen Sowjetunion entwickeln sich die Beziehungen gut. Das Geschäft läuft zyklisch, und im Moment sind wir in einer ausgesprochenen Boom-Phase. Es wird wieder eingestellt. Aber der Druck auf die Beschäftigten ist hoch: viel Stress und Samstagsschichten. Da erwarten sie einen gerechten Ausgleich.«

Albrecht Klumpp, Betriebsratsvorsitzender, Coperion Werner+Pfleiderer, Stuttgart

»Es könnte kaum besser laufen. Der Betrieb ist sehr gut ausgelastet. Wir haben eine enorme Steigerung der Produktion und natürlich auch der Gewinne – wahrscheinlich ein Rekordergebnis. Um die Arbeit zu schaffen, mussten wir Leiharbeiter einstellen, was wir sonst möglichst vermeiden. Alle Azubis wurden übernommen, und wir suchen immer noch Leute.«

Roland Kiesewetter, Betriebsratsvorsitzender, Philips Medical Systems, Hamburg

TARIFRUNDE

Lohnquote auf historischem Tief

»Plus ist Muss« – für das Motto der Tarifrunde 2007 liefern die Wirtschaftszahlen gute Argumente. Die Konjunktur läuft auf Hochtouren. Die Kapazitäten waren zum Beispiel im 3. Quartal 2006 (aktuellste Zahlen) zu über 89 Prozent ausgelastet. Nach einer Umfrage des Instituts Ifo erwarten die Unternehmer, dass die Konjunktur nach einer – durch die Mehrwertsteuer bedingten – Delle 2007 weiter an Fahrt gewinnt. Fast 40 Prozent wollen mehr investieren, 30 Prozent mehr Leute einstellen, nur 10 Prozent entlassen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten, dass die Produktion in der Metallindustrie 2007 um 5 bis 6 Prozent zulegt, die IG Metall geht von 4,5 bis 5,5 Prozent aus.

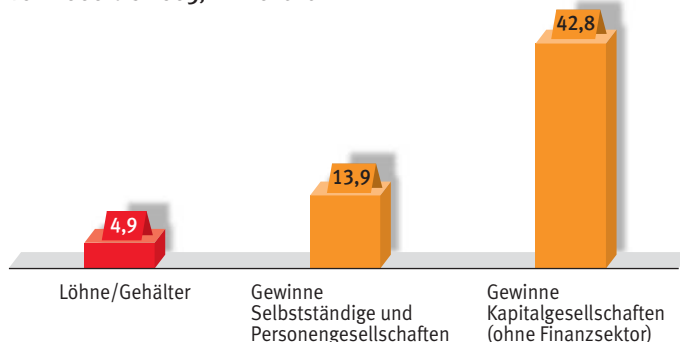
Die Erträge haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, auch im industriellen Mittelstand. Bei den 40 beschäftigungsstärksten börsennotierten Metallunternehmen sind die operativen Ge-

winne (Erträge ohne Beteiligungen) 2006 über 30 Prozent gestiegen. 2007 rechnen Experten mit einem Plus von etwa 22 Prozent. Während die Stundenlöhne 2006 nur um 2,7 Prozent angehoben wurden, kletterte die Produktivität um 7,1 Prozent. Die Lohnstückkosten sind schon seit Jahren rückläufig. 2006 sanken sie – wie schon 2004 – gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Prozent. Der Lohnanteil am Umsatz (Lohnquote) lag 2006 nur noch bei rund 16,5 Prozent.

Auch in der Möbelindustrie erwarten die Analysten nach den Einbrüchen der Vergangenheit 2007 und 2008 wieder ein leichtes Wachstum von bis zu 1,5 Prozent. Nach 5 »bitteren Jahren« hat »2006 die Wende gebracht«, sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Deutschen Möbelindustrie, Dirk-Uwe Klaas. In den ersten 10 Monaten habe die Branche den Umsatz um 5,9 Prozent auf 15 Milliarden Euro gesteigert.

HOHE GEWINNE, MÄßIGE LÖHNE

Anstieg der Arbeitnehmerentgelte (pro Kopf) und der Gewinne von 2000 bis 2005, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ungleiche Entwicklung: Seit dem Jahr 2000 sind die Gewinne in der deutschen Wirtschaft bis zu 9 mal so stark gestiegen wie die Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten.

IMPRESSUM

direkt - Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantw. i. S. d. P.), Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 0 69/66 93-22 24, Fax: 0 69/66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 0 6151/8127-0, Fax 0 6151/80 93 98, schledz@zweipius.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 0 69/66 93-2633 • FAX: 0 69/66 93-20 02 • DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten

Europa braucht einen sozialen Stabilitätspakt

Die Europäische Gemeinschaft wächst und mit ihr die Skepsis der Bürger. Viele sehen Europa vor allen Dingen als Markt, in dem soziale Sicherheit schwindet. Die IG Metall setzt sich deshalb für die Erneuerung des europäischen Sozialmodells ein. Sie schlägt einen sozialen Stabilitätspakt vor.

Die EU könnte für Sozialleistungen einen bestimmten Anteil am Bruttoinlandsprodukt festlegen, der nach unten und oben begrenzt wird. »Das klingt für manche vielleicht nach zu viel Regulierung«, sagt Horst Mund, Leiter des Funktionsbereichs Internationales/Europa bei der IG Metall in Frankfurt. »Aber nichts anderes machen wir in der Geldpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Hier darf etwa die Neuverschuldung 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.«

Mit einem sozialen Stabilitätspakt ließe sich Sozialdumping innerhalb der Union bremsen. Denn gerade dieser Wettbewerb macht vielen Menschen Angst. Besonders Beschäftigte in bedrohten Industrien fürchten, ihre Arbeitsplätze könnten in Länder mit niedrigeren Sozialstandards abwandern. Die Politik hat es nach Ansicht Mundes versäumt, den Menschen diese Ängste zu nehmen. »Die europäische Integration

war vor allem ein wirtschaftliches Projekt. Das Soziale stand selten im Vordergrund.«

Bei der Erneuerung des Europäischen Sozialmodells setzt die IG Metall folgende Schwerpunkte:

- Weiterentwicklung der Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte.
- Soziale Sicherheit für alle.
- Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung sowie Regulierung der Finanzmärkte.

Weichen jetzt stellen

So sollen die Rechte der Euro-Betriebsräte verbessert sowie Belegschaften, betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften stärker vernetzt werden.

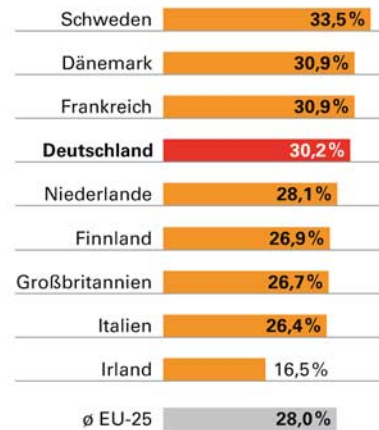
Außerdem fordert die IG Metall, soziale und steuerpolitische Mindestbedingungen. Dazu gehören etwa einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze in der Unternehmensteuer.

Aber auch die Tarifpolitik muss in einem wachsenden Europa stärker koordiniert werden. So gibt es zwar bereits gemeinsame Ziele, etwa Tarifforderungen europaweit an der Formel Produktivität plus Inflation auszurichten. Doch müssten sie insgesamt verbindlicher werden.

Anfang des Jahres übernahm die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft. Die IG Metall appelliert an die deutsche Regierung,

SOZIALES HAT SEINEN PREIS

Ausgaben für Sozialleistungen*



*in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quelle: berlinpolis 2006, © Hans-Böckler-Stiftung

In Sozialleistungen investieren die EU-Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Ganz oben stehen skandinavische Länder und Deutschland. Ihr Ausgabenanteil liegt noch über dem EU-Durchschnitt. Andere Länder wie Irland fallen deutlich dahinter zurück.

ihre Rolle zu nutzen und die Weichen für eine Erneuerung des europäischen Sozialmodells zu stellen. Sie schlägt vor, die gescheiterte EU-Verfassung wieder auf die Tagesordnung zu setzen, sie wirtschafts- und finanzpolitisch zu entschärfen und soziale Aspekte zu stärken. Über einen neuen Entwurf könnten die Bürger der EU gemeinsam mit der Europawahl 2009 abstimmen. Trotz aller Kritik bleibe die europäische Idee wichtig, sagt Mund. »Europa steht auch für 50 Jahre Stabilität und Frieden.«

»Um die Menschen wieder für Europa zu gewinnen, müssen die großen Versprechen der Integration eingelöst werden: Vollbeschäftigung, Wohlstand und Sicherheit«, schreibt der DGB. Mehr zum Thema unter: www.dgb.de/themen/europa

MITBESTIMMUNG

Bericht »halbherzig«

Die IG Metall nennt die Ergebnisse der Biedenkopf-Kommission »unzureichend und halbherzig«. Die Kommission hatte Vorschläge zur Verbesserung der Unternehmensmitbestimmung erarbeitet. Zwar bewertet die IG Metall einige Ansätze durchaus positiv. Sie kritisiert allerdings, dass der Bericht der Wissenschaftler zu wichtigen Punkten keine Vorschläge macht, die nach Ansicht der Gewerkschaften geregelt werden müssten. Die IG Metall will daher die positiven Ansätze der Kommission aufgreifen und sich weiter für eine Stärkung der deutschen Unternehmensmitbestimmung einsetzen.

Extranet

Neu im Extranet: Ratgeber zum Elterngeld

Wie viel Elterngeld gibt es und wie lange? Muss es versteuert werden? Was gilt für Paare ohne Trauschein? Darüber informiert ein Special im Extranet der IG Metall.

Seit dem 1. Januar 2007 soll das Elterngeld helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Unser Online-Ratgeber erläutert, was neu ist, wer das Elterngeld erhalten kann, welcher Zeitraum für die Berechnung gilt, was es mit dem Bonus für Niedrigverdiener auf sich hat und was man zu Teilzeit und Geschwisterbonus wissen

muss. Wir weisen den Weg zum Elterngeldrechner des Bundesfamilienministeriums und zu den Elterngeldstellen in den Bundesländern. Was bei der »Umsetzung in der betrieblichen Praxis« zu beachten ist, erklärt auf 32 Seiten eine Online-Broschüre des Ministeriums, die wir zum Herunterladen und Ausdrucken bereitstellen.

Das Extranet ist das Online-Netz für die Aktiven der IG Metall. Noch nicht angemeldet? Kein Problem. Einfach mal reinschauen. Es geht ganz einfach.

Extranet: extranet.igmetall.de
Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

Steuerreform: Gesche

Last ist ungerecht verteilt

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in diesem Jahr mit massiven Belastungen rechnen. Die Steuern für Unternehmen hingegen will die Große Koalition in Milliardenhöhe senken.

2007 ist ein Jahr, in dem die Regierung erneut kräftig in die Taschen vieler Beschäftigter greift: Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent, Kürzungen bei der Pendlerpauschale, Abstriche beim Kindergeld sowie die Halbierung beim Sparerfreibetrag. Insgesamt mehr als 30 Milliarden Euro beträgt der Abgabehammer 2007, hat der DGB ausgerechnet.

Freuen hingegen können sich die Unternehmer. Trotz Rekordgewinnen will die Bundesregierung sie weiter entlasten. Die Große Koalition plant, den Körperschaftsteuersatz zu halbieren. Von derzeit 25 auf 12,5 Prozent. Außerdem soll die Steuerlast von Kapitalgesellschaften um 10 Prozentpunkte gesenkt werden.

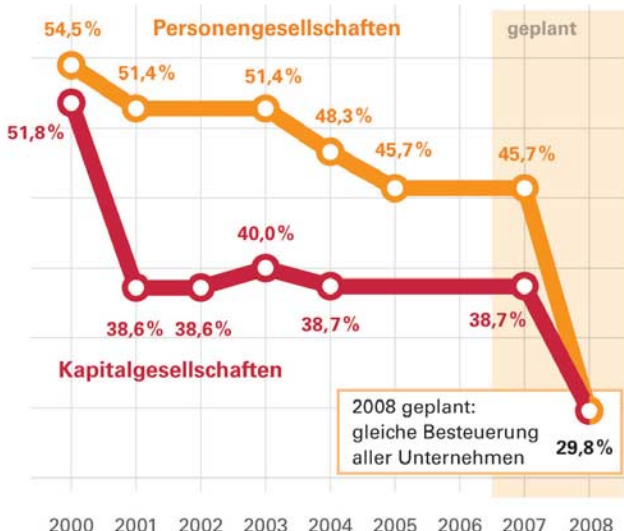
Für das gesamte Paket erwartet das Finanzministerium Steuermindereinnahmen von jährlich 28,8 Milliarden Euro. Dazu kommen noch weitere Steuersenkungen, die in diesem Paket nicht enthalten sind. Schon im nächsten Jahr sollen steuerbegünstigte Immobilienfonds (Reits) eingeführt und die Erbschaftsteuer für Unternehmen bei Weiterführung des Betriebs über 10 Jahre abgeschafft werden.

Berliner Politik, Berliner Pläne

- ▶ Körperschaftsteuersatz sinkt von 25 auf 12,5 Prozent.
- ▶ Beibehaltung der Gewerbesteuer mit einem eigenständigen Hebesatzrecht der Kommunen. Allerdings wird die Steuermesszahl von 5 auf 3,5 Prozent gesenkt. Dadurch reduziert sich der durchschnittliche Steuersatz von 20 auf 14 Prozent.
- ▶ Entlastung der Personengesellschaften über steuerbefreite Investitionsrücklagen. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sinkt in diesem Fall faktisch von 42 auf 29 Prozent.
- ▶ Erweiterte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld (Erhöhung Anrechnungsfaktor von 1,8 auf 3,8).
- ▶ Einführung einer Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge von 25 Prozent ab 2009. Für private Einkünfte aus Zinsen, Dividenden und Veräußerungen gilt der progressive Einkommensteuertarif dann nicht mehr.

UNTERNEHMENSTEUERN SINKEN – KEIN EFFEKT AUF INVESTITIONEN

Steuersätze der Unternehmen*



* maximale Grenzsteuersätze, zusammengesetzt aus Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer plus Gewerbesteuer (Hebesatz 400%) plus Solidaritätszuschlag
Quelle: BMF, Berechnungen IMK 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Die Bundesregierung erhofft sich von ihrer Steuerreform eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Doch führt sie notwendigerweise zum Kauf zusätzlicher Maschinen oder Produktionsanlagen? Der Berliner Finanzwissenschaftler Giacomo Corneo bezeichnet diese These als »Binsenweisheit«. Denn: Wenn ein Unternehmen überlegt, eine Fabrik zu bauen, vergleicht es die zu erwartende Rendite mit dem Gewinn, den es durch eine Anlage an den Weltfinanzmärkten erzielt. Die Fabrik baut es nur, wenn deren Rendite höher ist. Die Senkung der Steuer habe deshalb keinen eindeutigen Effekt auf diesen Renditevergleich.

SO PLANT DIE REGIERUNG

- ▶ Die von Finanzminister Steinbrück (SPD) und Hessens Ministerpräsident Koch (CDU) geleitete Arbeitsgruppe hat sich nach langen Querelen auf ein Konzept verständigt. Auch wenn viele Details noch offen sind und erst im Gesetzentwurf Gestalt annehmen werden, hat sich die Koalition auf die Kernpunkte zur Entlastung von Unternehmen und Kapitalanlegern geeinigt.
- ▶ Ende Januar soll der Entwurf vorgelegt werden und bis zur Sommerpause soll alles verabschiedet sein.
- ▶ Geplante Einführung der Unternehmensteuerreform: Anfang 2008.

Weniger Einnahmen aus Unternehmensteuern

Unsere Alternativen

- Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnminderung und -verlagerung müssen eingeschränkt werden.
- Kosten für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland dürfen nicht mehr steuerlich begünstigt werden.
- Die Bundesregierung muss die Initiative für eine europaweite Koordinierung der Unternehmensbesteuerung ergreifen und darf einen europäischen Steuerwettbewerb nach unten nicht zulassen.
- Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muss verbreitert werden, damit die Gemeinden eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur finanzieren können.
- Insbesondere die Gewerbesteuer muss mit dem Ziel Erhöhung und Verstetigung der kommunalen Einnahmen zu einer umfassenden Gemeindefinanzierung ausgebaut werden.

Mehr Investitionen

Die IG Metall und der DGB lehnen die Steuerreform-Pläne ab. Den Menschen werden mehr als 30 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen. Den Unternehmen soll Geld geschenkt werden, was zu massivem Steuerausfall führen wird.

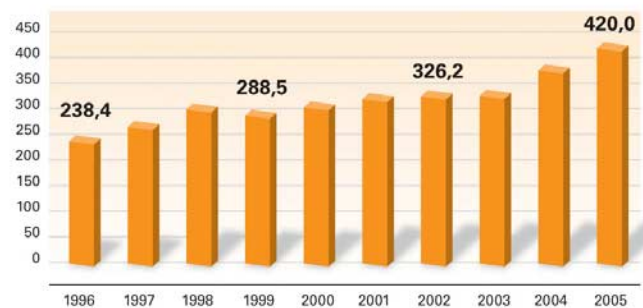
Bereits bei der Steuerreform 2001 wurden Unternehmen erheblich entlastet. Bei den tatsächlich gezahlten Unternehmenssteuern liegt Deutschland nun auf dem letzten Platz bei den alten EU-Staaten. Trotz relativ hoher Steuersätze ist das tatsächliche Steueraufkommen gering. Der ökonomische Nutzen durch höhere Investitionen ist ausgeblieben. Neue Arbeitsplätze sind nicht entstanden. Eine behauptete, mittelfristige Gegenfinanzierung durch zusätzliches Wachstum wird es deshalb auch bei dieser Reform nicht geben. Eine solche »Finanzierung« ist eine reine Luftbuchung.

Ziel einer Unternehmensteuerreform darf es nicht sein, Unternehmen noch weiter von Steuerzahlungen zu entlasten. Sie müssen stattdessen wieder stärker an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt werden. Dazu ist notwendig: Die Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnminderung und -verlagerung müssen entschlossen eingeschränkt werden. Die Kernforderungen der IG Metall: vollständige Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, zeitnahe Gewinnermittlung, Einschränkung der Verlustnutzung.

STEUERSCHERE BLEIBT GEÖFFNET – UNTERNEHMENSGEWINNE WACHSEN



Bruttounternehmens-Gewinne*, – in Milliarden Euro –



*Kapitalgesellschaften im engeren (AG, GmbH und ähnliche) und weiteren Sinn (oHG, KG und ähnliche)

Quelle für beide Grafiken: Statistisches Bundesamt, Schäfer/WSI 2006, © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Die Finanzpolitik ist ebenfalls verantwortlich für das »anhaltende Auseinanderdriften« bei der Einkommensverteilung. Der Entlastungseffekt durch die rot-grüne Einkommensteuerreform scheint bei den Arbeitnehmerinkommen schon wieder abzuklingen. Im ersten Halbjahr 2006 stieg die Steuerbelastung der Arbeitnehmer leicht auf 18 Prozent. Parallel erhöhte sich die Last der Sozialabgaben auf 17,4 Prozent. Die durchschnittliche Steuerbelastung der privaten Gewinn- und Kapitaleinkommen

wuchs zwar auch auf 6 Prozent im Jahr 2005. Doch damit bleibt sie nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die weiteren fiskalischen Vorhaben der Großen Koalition – etwa Mehrwertsteuererhöhung und Unternehmensteuersenkung – werden die Ungleichheit weiter vergrößern und vor allem niedrige Einkommen erneut schmälern. Insbesondere die ohnehin schon hohe Armutsquote in Deutschland wird weiter steigen, befürchten Ökonomen.

Mit der Entfernungspauschale, umgangssprachlich auch Pendlerpauschale genannt, werden pauschal die Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte abge-

Die Entfernungspauschale gilt **unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel**, also auch für Bus, Motorrad, Fahrrad oder gar Boot. Bei einer Fahrgemeinschaft können sowohl der Fahrer als auch alle Mitfahrer die Pauschale für sich beanspruchen. Wenn Ehegatten gemeinsam zur Arbeit fahren, kann jeder für sich die Entfernungspauschale in der Steuererklärung absetzen.

Auch für **Bus- und Bahnfahrer** gilt ab 2007 nur noch die Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer. Die **steuerliche Berücksichtigung von Unfallkosten**, die auf der Pendelstrecke passieren, wurde ebenfalls gestrichen, wenn der Wohnort weniger als 21 Kilometer von der Arbeitsstätte entfernt liegt.

... Pendlerpauschale

Die Kürzung der Pendlerpauschale ist verfassungswidrig. Der DGB empfiehlt deshalb, Einspruch gegen den Einkommenssteuerbescheid 2007 beziehungsweise gegen den Lohnsteuerermäßigungsbescheid für 2007 einzureichen. Musterbriefe gibt es auf der Webseite des DGB unter www.dgb.de ► DGB zur Pendlerpauschale

golten. Sie ist in § 9 des Einkommensteuergesetzes geregelt.

Die Pendlerpauschale kann einmalig pro Arbeitstag, an dem Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer zur Arbeitsstätte fahren, angesetzt werden. Seit dem 1. Januar dieses Jahres wurde sie drastisch gekürzt. Seither sind nur noch 30 Cent für jeden vollen Entfernungskilometer über 20 Kilometer vorgesehen. Damit fallen die ersten 20 Kilometer Entfernung von der Wohnung zur Arbeitsstätte komplett weg.

Menschen mit einer Behinderung können statt der Entfernungspauschale die tatsächlichen Aufwendungen für den gesamten Weg zur Arbeitsstätte, also auch für die ersten 20 Kilometer, geltend machen. Der Grad der Behinderung muss mindestens 70 betragen. Oder der Grad der Behinderung beträgt mindestens 50 und die Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr ist erheblich beeinträchtigt.

Die Entfernungspauschale gilt für den kürzesten Weg. Eine längere Strecke wird jedoch akzeptiert, wenn sie verkehrsgünstiger ist und entsprechend regelmäßig genutzt wird. Arbeitnehmer mit verschiedenen Arbeitsstätten können pro Tag die einmaligen Entfernungen berücksichtigen, soweit sie an diesen Tagen die jeweiligen Arbeitsstätten von der Wohnung aus aufgesucht haben.

Die Pendlerpauschale ist auf einen **Jahresmaximalbetrag von 4500 Euro** beschränkt. Bei Fahrten im eigenem Auto oder mit einem zur Nutzung überlassenem Pkw ist hingegen auch ein höherer Betrag zu berücksichtigen. Diese Fahrleistung muss nachgewiesen werden. Zwar muss kein Fahrtenbuch geführt werden, aber Tankquittungen und Werkstattrechnungen sollten aufbewahrt werden.

Die Neuregelung der Entfernungspauschale birgt auch politische Brisanz: Mit der Nichtanrechnung der ersten 20 Kilometer versucht der Gesetzgeber den Arbeitsweg – wie beispielsweise in den USA üblich – zur Privatsache zu erklären. Dies ist verfassungswidrig, sagt ein **Gutachten des DGB**. Das Bundesverfassungsgericht hat 2002 entschieden, »die steuerlich erhebliche Berufssphäre nicht erst am Werkstor beginnen zu lassen«. »Deshalb werden auch die im Schnittbereich von beruflicher Sphäre und privater Lebensführung liegende Mobilitätskosten als Werbekosten oder Betriebskosten anerkannt«, schreibt Rechtsprofessor Joachim Wieland. Fahrtkosten zur Arbeitsstätte sind keine Privatangelegenheit. Deshalb empfiehlt der DGB, Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid 2007 beziehungsweise gegen den Lohnsteuerermäßigungsbescheid für 2007 einzulegen.

STUDIEN

Arbeitslosigkeit kann jedem drohen

Beide Studien des IAB sind im Internet nachzulesen: <http://iab.de/iab/download.htm> Zu den Erwerbsbiographien: Kurzbericht 27/2006

Zu den Hartz-IV-Empfängern: <http://www.iab.de/iab/presse/kb2306.htm>

► **Nach der Ausbildung Arbeit suchen und finden und selten die Stelle wechseln** – solche Erwerbsbiografien gibt es kaum noch, und sie werden in der Zukunft immer seltener werden. Das belegt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Autorinnen Agnes Dundler und Dana Müller haben die Arbeitslosigkeit im geschichtlichen Zusammenhang der letzten Jahrzehnte untersucht. Danach sind Frauen nach wie vor deutlich seltener über Jahre hinweg kontinuierlich beschäftigt als Männer – sie müssen die Familienpause meistern, und ihre Arbeitslosigkeit dauert deutlich länger. Trotz der

schwierigeren Lage auf dem Arbeitsmarkt finden Männer eher wieder einen Arbeitsplatz als Frauen.

► **Alleinerziehende schaffen den Absprung aus Hartz IV schlechter** als Paare, stellt ebenfalls das IAB fest. Wer noch nicht lange von staatlicher Unterstützung abhängig ist, findet schneller wieder ins Arbeitsleben zurück. Die Studie fasst außerdem aktuelle Daten über die Zahl der Arbeitslosen-geld-II-Empfänger zusammen: Ihre Zahl geht seit Mitte 2006 stetig zurück. Im November zählte die Bundesagentur für Arbeit 3,6 Millionen Bedarfsgemeinschaften mit 5,1 Millionen ALG-II-Empfängern.

RENTE MIT 67

Klares Nein

Mehr als 13 000 Beschäftigte im IG Metall-Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen haben sich in einer Fragebogen-Aktion deutlich gegen die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters ausgesprochen. 95,7 Prozent halten nichts von der Rente mit 67. 75,8 Prozent fürchten persönliche Rentenabschläge, fast ebenso viele befürchten, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Immerhin 38 Prozent gehen aber davon aus, dass sie tatsächlich so lange arbeiten müssen – trotz der immer härter werdenden Arbeits- und Leistungsbedingungen. Sie haben sich verschlechtert, meinen 40,4 Prozent der Befragten.

FORTBILDUNGSKOSTEN

Unwirksame Klausel – keine Rückzahlung

Übernimmt ein Arbeitgeber Aus- oder Fortbildungskosten, können Rückzahlungen für den Fall vereinbart werden, dass der Arbeitnehmer kündigt. Dabei sind berechnete Belange des Arbeitgebers, die von ihm finanzierte Qualifikation möglichst lange zu nutzen, abzuwägen gegen das Interesse des Arbeitnehmers, seinen Arbeitsplatz ohne Kostenbelastung frei wählen zu können. Wichtig ist dabei, ob der Arbeitnehmer durch die Qualifizierung einen geldwerten Vorteil erlangt hat und welcher Zeitraum für die Rückzahlungspflicht festgesetzt wurde.

Eine vom Arbeitgeber aufgestellte Klausel, nach der der Arbeitnehmer die Kosten ohne Rücksicht auf den Kündigungsgrund zurückzahlen muss, ist unwirksam. Sie benachteiligt den Arbeitnehmer unangemessen; er hat es nicht in der Hand, durch Betriebstreue der Rückzahlungspflicht zu entgehen. Nach §§ 305 ff BGB ist schon das Aufstellen unangemessener Klauseln unwirksam, unabhängig davon, wie im konkreten Fall Gebrauch davon gemacht wurde. Deshalb muss der Arbeitnehmer in einem solchen Fall nichts zurückzahlen, auch wenn er vor der vereinbarten Rückzahlungsfrist kündigt.

BAG vom 11 April 2006 – 9 AZR 610/05

ARBEITSUNFÄHIGKEIT

Heilungserfolg nicht gefährden

Ein arbeitsunfähig erkrankter Arbeitnehmer muss sich so verhalten, dass er schnell gesund wird und an seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann. Er hat alles zu unterlassen, was seine Genesung verzögern könnte. Der Heilungserfolg ist nicht nur dann gefährdet, wenn nebenher bei einem anderen Arbeitgeber gearbeitet wird, sondern dies kann auch bei Freizeitaktivitäten der Fall sein, die mit der Arbeitsunfähigkeit nur schwer in Einklang zu bringen sind.

BAG vom 2 März 2006 – 2 AZR 53/05

INSOLVENZ

Abfindung nur als Insolvenzforderung

Ist im Arbeitsvertrag auf Grund einer Betriebsvereinbarung oder eines Tarifvertrags vorgesehen, dass bei Verlust des Arbeitsplatzes eine Abfindung verlangt werden kann, ist dieser Anspruch nach Insolvenzeröffnung nur als einfache Insolvenzforderung zu berücksichtigen – auch wenn die Kündigung erst nach Eröffnung des Verfahrens durch den Insolvenzverwalter erklärt wird. Einfache Insolvenzforderungen werden in aller Regel nicht mehr erfüllt.

BAG vom 27. April 2006 – 6 AZR 364/05

KÜNDIGUNG

Schutz gilt nicht konzernweit

Der gesetzliche Kündigungsschutz ist grundsätzlich unternehmensbezogen, nicht konzernweit. Etwas anderes gilt nur dann, wenn sich ein anderes Unternehmen des Konzerns ausdrücklich bereit erklärt, einen Arbeitnehmer zu übernehmen, oder wenn sich dazu sogar eine solche Pflicht unmittelbar aus dem Arbeitsvertrag oder einer sonstigen vertraglichen Absprache ergibt.

Hinzukommen muss auch noch, dass der »alte« Arbeitgeber auf Grund eines »Beherrschungsvertrags« oder zumindest faktisch bestimmenden Einfluss auf die »Versetzung« hat. Außerdem kommt eine konzernweite Überprüfung von Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung noch in Betracht, wenn es sich um konzerninterne Arbeitsverlagerung handelt. Dazu muss der Gekündigte konkret darlegen, dass der in seinem Betrieb weggefallene Beschäftigungsbedarf nur auf ein anderes Unternehmen verlagert ist, dort nach wie vor besteht und dieses Konzernunternehmen den Bedarf jetzt zum Beispiel über eine Neueinstellung abdeckt oder willkürlich jemand aus dem Mitarbeiterstamm des abzuwickelnden Unternehmens ausgesucht hat.

BAG vom 23. März 2006 – 2 AZR 162/05

BETRIEBSSCHLIESSUNG

Betriebsrat muss weiter beschäftigt werden

Ist ein Betriebsratsmitglied in einer Abteilung beschäftigt, die geschlossen werden soll, muss der Arbeitgeber mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für eine angemessene Weiterbeschäftigung sorgen. Er muss ihm freie Arbeitsplätze mit möglichst gleichwertiger Stellung anbieten. Nötigenfalls muss ein solcher gleichwertiger Arbeitsplatz durch eine Kündigung freigemacht werden. Ist keine gleichwertige Stelle vorhanden, muss er eine Änderungskündigung aussprechen.

Dem Betriebsratsmitglied ist grundsätzlich Vorrang gegenüber anderen Arbeitnehmern einzuräumen. Dies gilt auch im Verhältnis zu Ersatz-Betriebsratsmitgliedern, für die ein Sonderkündigungsschutz gilt. Eine Weiterbeschäftigung in der gleichen Betriebs Einheit ist vorrangig gegenüber einer, die zum Ausscheiden aus dem Betriebsrat führen würde.

BAG vom 2. März 2006 – 2 AZR 83/05

SOZIALPLAN

Abfindungsanspruch kann vererbt werden

Stirbt ein Arbeitnehmer, kann seine Abfindung aus einem Sozialplan nur dann vererbt werden, wenn der Anspruch zum Todeszeitpunkt schon entstanden war. Haben die Betriebsparteien den Zeitpunkt, zu dem der Anspruch entsteht, nicht ausdrücklich geregelt, ist er durch Auslegung des Sozialplans zu ermitteln.

Sozialplanabfindungen sind keine nachträgliche Vergütung für geleistete Arbeit. Sie sollen wirtschaftlichen Nachteile, die einem Arbeitnehmer oder einer Arbeitnehmerin bei einer Betriebsänderung entstehen, ausgleichen und überbrücken. Bei einer Betriebsstillegung entstehen dem Arbeitnehmer im Regelfall keine wirtschaftlichen Nachteile, wenn er vor dem Ende des Arbeitsverhältnisses stirbt.

BAG vom 27. Juni 2006 – 1 AZR 322/05

► Literaturtipp:

Neu, in aktualisierter Auflage: »Rechte des Betriebsrats bei Kündigungen« von Werner Hinrichs, aus der Reihe »AiB-Stichwort« der Zeitschrift »Arbeitsrecht im Betrieb«.

Die Broschüre behandelt die Anhörungspflichten des Arbeitgebers und Reaktionsmöglichkeiten des Betriebsrats. Hinrichs, Jurist, war Arbeitsrechts-Experte in der IG Metall-Vorstandsverwaltung.

104 Seiten, 9,90 Euro, www.bund-verlag.de

SEMINARE

11. bis 14. März

Das Grundseminar »Europäische Betriebsräte« (Nr. LZ01107) richtet sich an Personen, die neu-gewählte Mitglieder im EBR sind oder im Unternehmen einen Europäischen Betriebsrat aufbauen wollen. Inhalte: gesetzliche Grundlagen, Tipps und wichtige Eckpunkte für die Gründung sowie den Abschluss einer Vereinbarung. Anmeldung über die Verwaltungsstellen (Fällt unter § 37.6 BetrVG).

21. bis 23. März

Im Mittelpunkt des Workshop »Europäische Betriebsräte – national« (Nr. OR06207) steht der Erfahrungsaustausch zwischen Kolleginnen und Kollegen, die bereits einen EBR im Unternehmen haben, um Vorgehens- und Arbeitsweisenweisen kennenzulernen und weiterzuentwickeln. Anmeldung über die Verwaltungsstellen (Fällt unter § 37.6 BetrVG).

MATERIAL

► Der **Internationale Frauentag** rückt näher. In diesem Jahr fällt der **8. März** auf einen Donnerstag und bietet Gelegenheit, mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb ins Gespräch zu kommen. Das Motto: **»Weitergehen! Zwei Schritte vor, keinen zurück!«**. Die IG Metall bietet Werbeartikel (Kugelschreiber, Pflaster-Boxen, Lippenbalsam-Dosen) mit Motto-Aufdruck an. Bestellung über die Verwaltungsstellen.

► **Unter menschenwürdigen Bedingungen zu arbeiten**, ist ein Ziel von Gewerkschaften und NGO. Was Unternehmen dazu tun können, stellt ein Papier von IG Metall, Misereor und Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Download: www.extranet.igmetall.de ► Themen ► International ► Mindeststandards

BÜCHER

► Der **Tarifvertrag zur Qualifizierung vom Frühjahr 2006** soll keine leere Hülle bleiben. Um Betriebsräte bei der Umsetzung zu unterstützen, gibt es jetzt eine Handlungshilfe, die jeden Schritt festhält – vom Ermitteln des Bedarfs bis zu Qualifizierungsgesprächen und Dokumentation der Maßnahmen. Preis: 5 Euro. Bestellung: www.extranet.igmetall.de ► Themen ► Tarifpolitik ► Qualifizierung

ZITATE

»Wenn wir weiter zu niedrige Löhne zahlen, laufen wir Gefahr, den privaten Verbrauch zu sehr zu schwächen.«

Der »Wirtschaftsweise« Peter Bofinger

»Es ist Zeit für eine Lohnpolitik, die den Arbeitnehmern angemessene Lohnerhöhungen zubilligt.«

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck

»In 5 Jahren will ich, dass die Leute sagen: Siemens ist ein beispielhaftes transparentes Unternehmen.«

Klaus Kleinfeld, Siemens Vorstandsvorsitzender

► **Arbeitsplatzverlagerung:** Erst waren es die einfachen Arbeiten, jetzt sind es die Tätigkeiten von Forschern und Ingenieuren – vor der Verlagerung ist niemand sicher. Wer Opfer und Profiteure der globalen Strategien sind und wie sich die Verlagerungen auf dem Arbeitsmarkt auswirken, schildert der Report des IG Metall-Experten. **Wolfgang Müller: »Job-Export. Die neue globale Arbeitsteilung«**. ISW München, 3,50 Euro + Versand. www.isw-muenchen.de/best.html

► **Gleichbehandlung:** Das Gesetz soll dazu beitragen, dass Diskriminierung im Arbeitsleben bald der Vergangenheit angehört. Wie Betriebsräte handeln können, um Beschäftigte zu schützen und zu unterstützen, wird in dem vorliegenden Band an vielen Beispielen dargestellt.

Sebastian Busch: »Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz«. Bund-Verlag, 19,90 Euro.

PERSONALIEN

Georg (Schorsch) Benz, ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, starb am 19. Dezember im Alter von 85 Jahren in Garmisch-Partenkirchen. Der gelernte Modellschreiner wurde 1949 Mitglied der IG Metall, war von 1953 bis 1956 Bevollmächtigter in seiner Heimatstadt Würzburg und kam über die Bezirksleitung München in den IG Metall-Vorstand. Dort war er zunächst für Jugend und Berufsbildung, später für Betriebsräte und schließlich Mitbestimmung zuständig. Schorsch Benz schied 1983 aus Altersgründen aus dem Vorstand aus.

Anzeige

Lust am Lesen

BÜCHERGILDE:

Das Testangebot für Metaller

3 Bücher für 5 €



Zum Beispiel

Katharina Hacker
Die Habenichtse

Günter Grass
Beim Häuten der Zwiebel

T. C. Boyle
Talk, Talk

Sie möchten mehr über die Buechergilde erfahren?

Wenn Sie bis zum 28.2.2007 unverbindlich den aktuellen Katalog und Informationen zur Mitgliedschaft anfordern, erhalten Sie zusätzlich ein Geschenk:

Kurt Tucholsky, Sudelbuch
Sie können es in jedem Fall behalten. Machen Sie mit und nutzen Sie die Vorteile! Kostenlose Kataloganforderung unter **Kennwort: direkt** (bitte unbedingt angeben)
Dagmar Krause _ Buechergilde Gutenberg
Postfach 160165 _ 60054 Frankfurt
Telefon (069) 27 39 08 51
krause@buechergilde.de



Gratis-Geschenk

www.buechergilde.de

- Die schönsten Bücher
- Ein ausgezeichnetes Programm
- Ca. 20 % Preisvorteil